

Schriften zum Gesundheitsrecht

Herausgegeben von Professor Helge Sodan

Band 27

Staatliches Gebührenrecht für Zahnärzte als Verfassungsproblem

**Die Erste Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung
für Zahnärzte auf dem Prüfstand des Grundgesetzes**

Von Helge Sodan

1 Tab.; 95 S. 2012

Print: (978-3-428-13973-6) € 39,90

E-Book: (978-3-428-53973-4) € 35,90

Print & E-Book: (978-3-428-83973-5) € 49,90

Die Gebührenpositionen für die Abrechnung privat Zahnärztlicher Leistungen nach der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) verharren 24 Jahre lang auf dem Stand von 1988. Die meisten Gebührensätze wurden auch durch die Erste Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte vom 5. Dezember 2011 nicht angehoben, obwohl sich seit 1988 ein Anstieg der Verbraucherpreise von über 50% feststellen lässt.

Die vorliegende Schrift untersucht die Frage, inwieweit die GOZ-Novelle von 2011 mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben vereinbar ist. Für diese Prüfung ist insbesondere das Grundrecht der Berufsfreiheit maßgebend, vor allem in seiner Funktion als Abwehrrecht. Eine verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in dieses Grundrecht scheidet hier schon deshalb aus, weil der Bund nicht die notwendige Verbandskompetenz zur Regelung der

zahnärztlichen Gebühren besitzt. Darüber hinaus hält sich die GOZ-Novelle nicht an die Vorgaben in § 15 des Gesetzes über die Ausübung der Zahnheilkunde (ZHG) als Ermächtigungsgrundlage. Damit verstößt die Novelle gegen Art. 80 Abs. 1 GG, der Anforderungen für den Erlass von Rechtsverordnungen aufstellt. Künftige Regelungen der GOZ müssen vor allem beachten, dass nach den Vorgaben des § 15 Satz 3 ZHG die Vergütungen der *einzelnen* Leistungen den berechtigten Interessen der Zahnärzte und ihrer Patienten Rechnung zu tragen haben; Belange staatlicher Beihilfestellen und privater Krankenversicherungsunternehmen sind nicht zu berücksichtigen.

Inhaltsübersicht

1. Teil: Einleitung

A. Berechnung der Vergütungen für privat Zahnärztliche Tätigkeiten	14
B. Finanzielle Erwägungen des Verordnungsgebers zur Novellierung der GOZ	16
C. Zur Historie der Gebührenordnungen für privat Zahnärztliche Tätigkeiten	17

2. Teil: Zur Verfassungsmäßigkeit der GOZ-Novelle von 2011

A. Grundrecht der Berufsfreiheit als Abwehrrecht	21
Eröffnung des Schutzbereichs der Berufsfreiheit — Eingriffe in den Schutzbereich der Berufsfreiheit — Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Grundrechtseingriffe — Rechtsfolgen der Verfassungsverstöße — Pflicht des Verordnungsgebers zur kontinuierlichen Beobachtung und gegebenenfalls erforderlichen Nachbesserung	
B. Grundrecht der Berufsfreiheit als staatliche Schutzpflicht	77
Herleitung grundrechtlicher Schutzpflichten — Staatliche Schutzpflicht zum Erlass eines Gebührenrechts für privat Zahnärztliche Behandlungen? — Weite Gestaltungsfreiheit des Verordnungsgebers — Fazit	

3. Teil: Zusammenfassung in Leitsätzen

Literaturverzeichnis	89
Sachwortverzeichnis	94

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden. E-Books für den Privatgebrauch finden Sie zum Sofort-Download auf unserer Website; eine Nutzung für Institutionen ist über unsere eLibrary möglich.

Duncker & Humblot GmbH · Berlin

Postfach 41 03 29 · D-12113 Berlin · Telefax (0 30) 79 00 06 31

Internet: www.duncker-humblot.de